



# AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 10 • Oktober / November 2002

## Editorial

Weiterhin erhitzt die drohende amerikanisch-britische Intervention im Irak die Gemüter der internationalen Politik. Während längst nur noch über das Wann und Wie spekuliert wird, versucht die Welt neben Amerika ihre Position zu finden. So oder so: Eine Intervention wird zu einem Umbruch des gesamten Mittleren Ostens führen. Fraglich ist nur, ob dies zur Zufriedenheit der Regie geschieht.

So auch in der Türkei. Dort wird am 3. November 2002 gewählt. Unabhängige Beobachter sprechen von einer Schicksalswahl. Setzen sich die Reformkräfte durch und gelingt es die jüngsten Reformen real umzusetzen, kann von einer weiteren Annäherung der Türkei an Europa ausgegangen werden. Andernfalls wird sich die politische und wirtschaftliche Krise verschärfen. Dies wiederum würde eine mögliche EU-Mitgliedschaft in weite Ferne rücken.

Die vom Verbot bedrohte HADEP hat sich mit zwei anderen kleinen Parteien zu einem Wahlbündnis unter dem Dach der DEHAP zusammen geschlossen. Die Demoskopen sehen die DEHAP zur Zeit bei neun Prozent. Erstmals könnte jetzt die noch junge demokratische Bewegung in der Türkei parlamentarischen Ausdruck finden, wenn die undemokratische 10 %-Hürde überwunden wird. Doch schon jetzt ist klar, dass dies schwierig werden wird. So wurden der renommierte Menschenrechtler Akin Birdal und der Vorsitzende der HADEP, Murat Boztrak und weitere 48 Kandidaten von der Wahl ausgeschlossen. Insbesondere in den Notstandsgebieten mehren sich Einschüchterungsversuche durch türkische Sicherheitskräfte. Ähnliche Einschätzungen haben auch Amnesty International und der türkischen Menschenrechtsverein (IHD) kürzlich veröffentlicht.

Trotz aller Lippenbekenntnisse, die Kopenhagener Kriterien umsetzen zu wollen, ist die Menschenrechtssituation weiterhin katastrophal. Folter und staatliche Willkür haben sogar wieder zugenommen. Dies wird sich auch in dem Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission niederschlagen, der im Oktober 2002 veröffentlicht wird. Demnach ist die Nennung eines Termins zum Beginn von Beitrittsverhandlungen mehr als fraglich. Erst die Lösung der kurdischen Frage und der Ausgleich mit ihren kurdischen Bürgern kann die Europaambitionen der Türkei Wirklichkeit werden lassen. Europa sollte diesen Reformprozess aktiv unterstützen, um die Sicherheit und Stabilität der Region zu fördern. Der noch zaghafte Reformwillen in der Türkei verdient eine faire Chance. Die kurdische Seite hat gezeigt, dass sie für einen solchen Prozess bereit ist. Sie mit einzubeziehen ist für den Erfolg dieser Bemühung unverzichtbar.

Zu diesem und weiteren Themen in dieser Ausgabe: Faik Yagizay und Ahmet Turan Demir (beide HADEP), Sefika Gürbiz (Göc-Der) und Klaus Happel.

Köln, im September 2002, die Redaktion

### Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

**Mairead Maguire** (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator -CI-, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

**Inhalt:****Seite 2****Die Reformen sind ein Schritt nach vorn**

ASITİ im Gespräch mit Faik Yagizay, Europa-vertreter der HADEP

**Seite 4****Verbot oder Einzug ins Parlament?**

Interview mit Ahmet Turan Demir, stellv. HADEP-Vorsitzender

von Karin Leukefeld

**Seite 5****Die Menschen wollen zurück in die Dörfer**

Interview mit Sefika Gürbiz, Vorsitzende von Göc-Der in Istanbul

von Stefan Leibold

**Seite 9****Ludger Volmer: Wir werden ein Verbot der HADEP nicht akzeptieren**

Der Stand der türkischen Bemühungen um den EU-Beitritt

von Klaus Happel

**Seite 11****Demokratie- und Europawahl**

Aufruf der HADEP zur Wahlbeobachtung

**Impressum:**

**Herausgeber:** Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

**Druck:** Eigendruck,

**Auflage:** 2.500

**Redaktion:** Klaus (D. Bufe, Becher, Happel), Stefan Leibold

**V.i. S.d.P.:** Klaus D. Bufe

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.**

Spenden sind willkommen.

Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

# Die Reformen sind ein Schritt nach vorn

## ASITİ im Gespräch mit Faik Yagizay, Europavertreter der HADEP

*Wie beurteilen Sie die Situation im Irak, insbesondere, was eine mögliche kurdische Teilnahme an einer Intervention westlicher Streitkräfte angeht?*

Es ist klar, dass Amerika alle Vorbereitungen für einen Krieg getroffen hat und dass es einen Angriff gegen Saddam führen wird. Der türkische Ministerpräsident Ecevit möchte das Irak-Problem lösen, ohne dass die Beziehungen zwischen den Nachbarn Türkei und Irak Schaden nehmen. Seine letzten Äußerungen deuten allerdings darauf hin, dass auch die Türkei Kriegsvorbereitungen treffen muss.

Die HADEP befindet sich nicht in einer Position, in der sie diese Entwicklung beenden oder beeinflussen könnte. Im Rahmen unserer Prinzipien glauben wir jedoch, dass alle ethnischen Gruppen ihre Probleme und Differenzen mit demokratischen Mitteln und auf dem Wege von Verhandlungen mit dem Ziel eines Konsenses lösen sollten.

Leider entspricht dies nicht der Entwicklungsstufe und den Gegensätzen der Völker des Mittleren Ostens. Wir wissen alle, dass die Mehrzahl der Regime dort grausam, totalitär und oligarchisch sind. Diese Regierungen bekämpfen entschieden jede Form der Demokratisierung.

Obwohl sie Saddam in der Ecke hatten am Ende des Golfkrieges, obwohl es ein Embargo gegen ihn und sein Volk gab, obwohl Südkurdistan befreit war, machte Saddam keinerlei Schritte in Richtung auf eine föderative, demokratische

Lösung für die Kurden.

Wir möchten, dass dieses Problem gelöst wird, bevor ein Krieg angefangen wird. Unsere Vorschläge für eine Lösung beruhen auf Frieden, Einheit und Demokratie. Das scheint uns am intelligentesten und humansten. Wenn die USA in dieser Situation intervenieren, wird es das größte Problem sein, eine neue Regierung zu verhindern, die wie das Saddam-Regime strukturiert ist, und stattdessen dem Irak wieder genug Luft zum Atmen zu geben und die Rechte der Kurden sicherzustellen, die fast von Terror, Verleugnung und Unterdrückung vernichtet worden sind. Bei der Neugestaltung des Irak wird es wichtig sein nicht zu vergessen, dass die Kurden heimisch in diesem Land sind, echte Bürger, und dass deshalb ihre Rechte im Rahmen einer föderativen, demokratischen Verfassung gesichert werden müssen. Die Kurden dürfen nicht länger gegen einander aufgewiegelt und nicht im Krieg gegen Saddam als eine Option genutzt werden.

*Die Türkei ist gegen einen Militärschlag. Was sind die Gründe und wie sieht die Haltung der Kurden aus?*

Wir wissen von engen und intensiven Kontakten der kurdischen Parteien KDP und YNK im Irak besonders mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Türkei. Es geht im allgemeinen in der Koalition gegen Saddam darum, welche Haltung man während eines Krieges einnehmen soll. Die Kurden wollen eine

Sicherheitsgarantie von den Westmächten. Der Westen möchte andererseits, dass die Kurden eine aktive Rolle im Krieg gegen Saddam übernehmen. Und die Türkei will verhindern, dass KDP und YNK sich mit KADEK verbünden oder mit ihm kooperieren. Diese Parteien arbeiten mit der Türkei zusammen und sehen sich als Kräfte an der Seite der bewaffneten westlichen Streitkräfte und der Vereinigten Staaten. Sie verlassen sich auf eine Kooperation mit den Westmächten. Die Türkei verfolgt diese Entwicklungen aufmerksamer als alle anderen Mächte der Region. Wir glauben nicht, dass sie nur eine Zuschauerrolle spielen wird, denn militärische Vorbereitungen sind bereits im Gange. Sie hat versucht ihre Haltung deutlich zu machen und der Öffentlichkeit zu vermitteln: "Wir sind entschieden gegen die Bildung eines kurdischen Staates. Dies wäre für uns eine Kriegserklärung und wir würden dagegen vorgehen. Wir sind selbst gegen irgendeinen offiziellen Status für die Kurden. Wir werden in Südkurdistan einmarschieren; wir erklären jedoch, dass dies keine Besetzung bedeutet, sondern die Sicherheit der Menschen schützen soll. In einer Kriegssituation wird niemand sich einmischen, weil wir mit Amerika und den Westmächten kooperieren."

Die Türkei kann ihre militärischen Vorbereitungen nicht länger verstecken. Unter dem Vorwand, sie bauten Lager, um einen endlosen Flüchtlingsstrom zu stoppen, übernehmen sie bereits dort die Macht.

*Es gab bereits Gerüchte über die türkischen Aktivitäten im Nordirak. Welche Absichten stecken hinter den Aktivitäten?*

Es gibt einen wichtigen Grund für die türkische Armee in den Irak einzumarschieren. Die türkische Armee reklamiert

die Rechte auf die Erdölfelder von Mosul und Kirkuk. Sie fürchtet allerdings, dass sie, falls sie die Ölfelder eroberte, sie sich im Gegenzug mit der ganzen kurdischen Frage belasten würde. Die Araber würden solche türkischen Gelüste ohnehin nicht gutheißen. Kämen Mossul und Kirkuk allerdings in kurdische Hände, dann würde das eine enorme wirtschaftliche Macht für die Kurden bedeuten. Die Türkei wird so etwas nicht hinnehmen.

Das Ergebnis eines bevorstehenden Krieges gegen Saddam ist daher von großer Bedeutung für die Kurden.

*Was glauben Sie, wie HADEP bei den kommenden Wahlen im November abschneiden wird?*

Bei den letzten Wahlen 1999 scheiterte HADEP an der 10% Sperrklausel ebenso wie die CHP, die bei der Gründung der Republik eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Es wurden Millionen von Stimmen unterschlagen, der Wille von Millionen Menschen konnte keinen Einfluss nehmen auf die Entscheidungen des Parlamentes. Leider wurde wegen HADEP diese undemokratische Sperrklausel nicht abgeschafft. Man versucht HADEP als kurdische Partei zu isolieren und zu blockieren. Andere Parteien werden daran gehindert Allianzen mit HADEP zu bilden und die hohe Sperrklausel verhindert, dass HADEP im Parlament vertreten ist.

Wenn wir dieses Mal wirklich freie Wahlen haben, glaube ich jedoch, dass HADEP es über die Zehnprozenthürde schaffen wird. Die Tatsache, dass viele kurdische Dörfer von der Armee evakuiert wurden, bedeutet, dass viele dieser Menschen, die dann in die großen Städte fliehen mussten, sich nicht für die Wahlen registrieren lassen konnten um ihrer eigenen Sicherheit willen. Dadurch

verlieren wir viele Stimmen. Wir werden alle Kurden auffordern, sich registrieren zu lassen und ihre Stimme abzugeben.

*Das türkische Parlament hat kürzlich ein Reformpaket verabschiedet, das den Beitritt der Türkei zur europäischen Union erleichtern soll. Wie beurteilen Sie diese Reformen?*

Das türkische Parlament hat einen historischen wichtigen und ungewohnten Schritt getan. Wir alle wissen, dass uns seit der Gründung der türkischen Republik viele Rechte verweigert wurden und uns vieles untersagt war. Und selbst jetzt, in den neuen Gesetzen, kommt nicht ein einziges Mal das Wort "Kurde" vor. Die Abschaffung der Todesstrafe ist allerdings eine wirklich positive Leistung, selbst wenn dies etwas spät geschieht. Auf diese Weise wurde die Möglichkeit, dass sich die Lage aufgrund der Existenz von Herrn Öcalan verschlechtert, auf ein Minimum reduziert. Wir begrüßen natürlich die Entscheidung, auch andere Sprachen als Türkisch zu erlauben. In der heutigen Welt ist es undenkbar, die Sprache eines Volkes zu verbieten. Selbst wenn man sagt, eine verbotene Sprache werde freigegeben, ist das absurd. Es ist nicht in Ordnung, etwas gut zu finden und als positive Entwicklung zu loben, wozu es gar nicht erst hätte kommen dürfen. Wenn man es aber im Zusammenhang mit der türkischen Geschichte betrachtet, dann wird die Aufhebung des Verbotes sehr wichtig, sind doch, abgesehen von anderen Konflikten, während der letzten zwanzig Jahre mehr als vierzigtausend Menschen getötet und Tausende von Dörfern niedergebrannt worden. Das Regime steckt in ausgesprochenen Schwierigkeiten, Millionen Kurden haben durch den Krieg großen Schaden erlitten. Und jetzt, nach all dem Terror, ist

alles, was die Regierung tut, die Freigabe der kurdischen Sprache, so dass sie jetzt in Privatschulen unter strenger staatlicher Kontrolle gelehrt werden darf.

Es gibt allerdings eine Bedingung: Man darf nicht separatistisch sein. Deshalb kann im Grunde jeder, der zu sagen wagt: "Ich bin Kurde" wegen Separatismus angeklagt werden und das wird sich auch so schnell nicht ändern.

Aber auch die Kurden bezahlen als türkische Bürger ihre Steuern, die verwendet werden, um in den Schulen Türkisch zu unterrichten. Nicht aber Kurdisch. Es darf in staatlichen Schulen immer noch nicht gelehrt werden. Es ist schlichtweg unmöglich für die große Mehrheit normalerweise armer kurdischer Familien ihre Kinder in Privatschulen zu schicken. Wie sollen sie dann aber ihre Kultur bewahren?

Aus dieser Perspektive betrachtet stellt die neue Regelung einen entschiedenen Schritt rückwärts dar. In Bezug auf die türkischen Geschichte jedoch handelt es sich dabei wie bereits erwähnt, um Entwicklungen, die uns erneut hoffen lassen. Grund genug, um von Neuem Mut zu fassen, an der Demokratisierung festzuhalten und Bestätigung dafür, dass all die erbrachten Opfer nicht umsonst gewesen sind. Natürlich gibt es immer noch genügend Mängel. D.h. die Kurden müssen, wie die Türken, die an jeder Schule ihre eigene Sprache lernen und sprechen dürfen, auch das Recht bekommen, sich frei zu entfalten. Dies gilt nicht nur im Bereich von Sprache und Kultur, sondern für alle Lebensbereiche. Allen Bedürfnissen der Kurden in diesem Zusammenhang muss Rechnung getragen werden. Jahrzehnte schon leben sie in einem Umfeld, das von Terror und Unterdrückung beherrscht wird. Die Wunden, die in dieser Zeit entstanden sind, müssen geheilt werden. Eine Generalamnestie ist nötig

und alles, was mit dem Krieg zu tun hat, muss gesetzlich und praktisch von der Tagesordnung gestrichen werden. Die zuletzt getroffenen Entscheidungen sind zum Zweck der Erfüllung der Beitrittsbedingungen in die EU gefällt worden. Auch diesem messen wir enorme Bedeutung bei. Jedoch sind in der Verfassung der Türkei viele Gesetze und Verordnungen enthalten, die die Meinungsfreiheit für die Kurden einschränken. Diese müssen umgehend geändert werden, die Verfassung demokratisiert und erneuert werden. Wir glauben fest daran, dass alles, was die Freiheit des kurdischen Volkes einengt, ein Ende haben muss.

*Wer wird ihrer Meinung nach die Wahlen gewinnen?*

Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die AKP und ihr Führer Tayyip Erdogan (der inzwischen von den Wahlen ausgeschlossen wurde; Anm. der Red.) am Ende als Sieger dastehen werden. Selbst die MHP (rechts-nationalistisch) wird wohl die Zehnprozenthürde überspringen.

Dann gibt es auch noch die neue Partei YTP des früheren Außenministers Ismail Cem. Ihre Zukunft ist noch unsicher, und man kann nicht mit Sicherheit sagen, ob sie die Zehnprozenthürde überspringen kann.

*Welche Rolle spielt das Militär im Hinblick auf die jüngsten Reformen und die anstehenden Wahlen?*

Sowohl bei der Abschaffung der Todesstrafe als auch bei der Aufhebung der Verbotes der kurdischen Sprache hat das Militär eine wichtige gespielt. Die Armee hat diesen Reformen offiziell zugestimmt, aber nicht an einer offenen Debatte teilgenommen. Klar ist jedoch,

dass das Parlament diese Entscheidungen nicht hätte treffen können, wenn das Militär dagegen gewesen wäre. Die Positionen der MHP und anderer vergleichbarer Gruppen hatten hier keinen Einfluss. Die Armee würde das Schicksal der Türkei niemals in deren Hände legen. Das türkische Militär hat immer Abstand zur Demokratie und den realen Linksparteien gewahrt. Es hat jedoch die sozialdemokratische CHP unterstützt. Es würde auch nicht gerne sehen, wenn Parteien wie die HADEP oder religiös motivierte Parteien wie die AKP an Einfluss gewännen. Frühere religiöse Parteien waren so stark geworden, dass sie bis an die Spitze des Staates gelangen konnten. Jetzt versucht das Militär sie gewissermaßen einzudämmen, um zu verhindern, dass sie noch stärker werden. Es scheint jetzt, dass das Militär letztlich einen Erfolg der CHP und der YTP (Neue Türkei Partei des früheren Außenministers Ismail Cem) unterstützen wird.

*Mit wem arbeiten Sie zusammen?*

Wir arbeiten mit dem Ziel Frieden und Demokratie in Einheit. Aufgrund unseres Parteiprogramms und wegen unserer langen Erfahrung während des Krieges versuchen wir immer unsere Bürger dazu zu bringen, sich der Gewalt zu enthalten und sich stattdessen für demokratische Lösungen einzusetzen.

Bis jetzt hatten wir immer viele Kontakte zu antimilitaristischen Gruppen, Friedenskampagnen und ähnlichem in der Türkei. Wir sind aber für jede Form der Zusammenarbeit offen, die im Geiste des Willens des Volkes auf eine friedliche und demokratische Lösung der inneren Probleme der Türkei abzielt.

Wir werden auch in Zukunft Initiativen dieser Art unterstützen oder mit ihnen zusammenarbeiten.

# Verbot oder Einzug ins Parlament?

**Ahmet Turan Demir, Stellv. Vorsitzender der HADEP Im Interview mit Karin Leukefeld**

*!Herr Demir, in den nächsten Wochen wird mit einer Entscheidung im Verbotsverfahren gegen Ihre Partei, die HADEP, gerechnet. Was erwarten Sie?*

Es ist durchaus möglich, dass die HADEP noch kurz vor den Wahlen verboten wird. Das türkische Verfassungsgericht befasst sich derzeit mit der HADEP-Akte. Unser Vorsitzender, Murat Bozlak, hat um eine Aussetzung des Verfahrens gebeten, doch der Vorsitzende des Verfassungsgerichts hat das abgelehnt.

*Aus der Türkei war zu hören, dass die HADEP ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratischen Partei (SHP) eingegangen ist. Gibt es noch weitere Parteien, die sich dem Bündnis anschließen wollen?*

Das ist nicht ganz richtig. Gegenwärtig gibt es ein Bündnis mit der EMEP, der Sozialistischen Demokratischen Partei (SDP) und mit der Demokratischen Volkspartei (DEHAP). Mit der Sozialdemokratischen Partei, der SHP und mit der ÖDP dauern die Gespräche noch an. Diese beiden Parteien sind noch nicht Mitglied in dem Bündnis.

*Haben Sie sich bereits auf Eckpunkte für ein gemeinsames Programm geeinigt?*

Hauptsächlich geht es uns um die Demokratisierung der Türkei, die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und die Aufnahme der Türkei in die EU. Nur so kann es mit der Demokratisierung voran gehen. Die Türkei hat zur Zeit große Probleme bei einer demokratischen

Entwicklung. Dafür brauchen wir ein Bündnis, das auch fähig ist, diesen Prozess voranzutreiben. Von einem Parlament, in dem hauptsächlich reaktionäre Kräfte vertreten sind, kann man ein solches Engagement nicht erwarten.

*Wird die Türkei einen Termin für Aufnahmegespräche in die EU bekommen?*

Herr Verheugen hat zwar gesagt, dass man der Türkei keinen Termin nennen wird. Ich bin aber der Auffassung, dass man einen Termin nennen sollte. Es muss alles getan werden, um der Türkei den Weg in die Europäische Union zu ebnen und nicht zu blockieren.

*Eine Wahlumfrage im Auftrag der Deutschen Bank hat ergeben, dass die HADEP 5,8% der Stimmen bekommen würde. Überrascht Sie so ein Ergebnis?*

Unserer Ansicht nach sind diese Ergebnisse nicht sehr objektiv. Es gibt sogar staatliche Umfragen, die von 8 bis 11% der Stimmen für die HADEP ausgehen. Wir haben eine sehr breite Basis, wir können durchaus über 10% kommen. Unser Ziel ist es, mindestens 15% der Stimmen zu erhalten.

*Wie sieht es denn mit der Unterstützung für die HADEP in Istanbul und Izmir, den Großstädten der Westtürkei aus?*

Auch von den Kurden in der Westtürkei werden wir unterstützt. Wir glauben aber nicht, dass unsere Wählerschaft ausschließlich Kurden sind. Auch andere

Minderheiten in der Türkei werden uns wählen, sogar türkische Wähler werden wir haben. In der kleinen Stadt Ordu am Schwarzen Meer waren wir bei den letzten Wahlen eine der stärksten Parteien, obwohl hier kaum Kurden leben.

*Herr Demir, gegen den Irak droht ein Krieg, der auch an den Kurden nicht spurlos vorbegehen wird. Welche Auswirkungen wird ein Krieg haben?*

Wir sind eine Partei des Friedens. Unser Ziel und unser Programm ist es, alle Probleme friedlich zu lösen. Wir wollen keine Kriege. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass ein Angriffskrieg gegen den Irak stattfinden wird. Auch die Türkei wird sich beteiligen, auch wenn es auch nicht offen geschieht. Natürlich wird der Krieg dort stattfinden, wo das kurdische Volk lebt. Die Menschen werden die Hauptleidenden eines solchen Krieges sein. Die Kurden haben eine bestimmte Kraft erreicht, sie sind reifer geworden. Egal, was geschieht, ein Zurück wird es für die Kurden nicht geben. Von dem, was wir heute erreicht haben, werden wir nicht ablassen.

*Wie sieht es mit einem gemeinsamen kurdischen Standpunkt gegen den Krieg aus, hat Ihre Partei in Ankara Kontakt zu den Vertretungen der KDP und PUK?*

Leider hatten KDP und PUK bisher mehr Beziehungen zum türkischen Staat, als zu uns, auch wenn diese derzeit etwas schlechter aussehen, als früher. Indirekte Beziehungen haben wir aber schon.

*Sehen Sie eine Chance, dass die Kurden gegen den Krieg eine gemeinsame Position einnehmen können?*

Selbst wenn es eine gemeinsame Haltung der Kurden geben würde, kann es die Pläne der USA nicht verändern. Der Krieg wird mit oder ohne die Kurden kommen. Natürlich sind wir gegen den Krieg, ich wiederhole das noch einmal. Aber wir müssen natürlich sehen, wie wir uns in dieser Situation selber schützen können.

*Und wie können Sie sich am besten schützen?*

Leider ist diese Frage schwer zu beantworten. Wir werden keinen Krieg gegen den Krieg führen können. Der wäre von vornherein verloren. Aber wir werden alles tun, damit die Kurden nicht die Leidtragenden dieses Krieges sein werden. Wichtig ist, keine Partei zu ergreifen, für keine Seite. Dieser Krieg ist nicht in unserem Interesse.

*Das Interview führte Karin Leukefeld anlässlich des Kurdistan Kulturfestivals im September in der Arena Auf Schalke in Gelsenkirchen.*

*Übersetzung: Yavuz Fersoglu*

## Die Menschen wollen zurück in die Dörfer

**ASITİ im Gespräch mit Sefika Gürbiz, Vorsitzende der Migrantenorganisation Gök-Der in Istanbul**

*Viele der kurdischen Binnenflüchtlinge, die während des Krieges ihre Dörfer verlassen mussten, leben jetzt in den Großstädten. Haben diese Menschen Probleme an der kommenden Parlamentswahl teilzunehmen?*

Vor der Wahl 1999 haben sich Menschen in ihren Wohnbezirken angemeldet, damit sie wählen können. Für die jetzt kommenden Wahlen musste das nicht mehr gemacht werden. Aber gerade in den kurdischen Wohngebieten waren plötzlich viele Menschen, die 1999 eingetragen worden waren, auf einmal nicht mehr eingetragen. Ich weiß das, weil es mir selbst auch so ging. Das traf in jeder Familie, je nach Größe, einen oder zwei.

*Kann man sagen, dass es Versuche gibt die Leute bei der Teilnahme an der Wahl zu behindern?*

Ich glaube schon, dass man versucht zu verhindern, dass HADEP gewählt wird, also die Kurden beim Wählen zu behindern. Wir wissen von der Wahl 1999, das damals viele Wahlurnen vernichtet wurden; dieses Mal wollen sie es gar nicht erst soweit kommen lassen, dass Wahlurnen vernichtet werden müssen.

*Von welchen Zahlen sprechen wir eigentlich, wenn wir von Binnenflüchtlingen in der Türkei sprechen?*

Wirklich genau sind die Zahlen nicht bekannt. Wir schätzen, und offizielle Quellen bestätigen das, dass es sich hier um etwa drei Millionen handelt, die während dieser Zeit aus den Dörfern vertrieben wurden oder fliehen mussten und nun in den Großstädten leben.

Hinzu kommen die Menschen, die bedingt durch den Krieg ihren Lebensunterhalt auf dem Lande nicht mehr bestreiten konnten und wegen finanzieller Unterstützung in die Großstädte gezogen sind.

Diese Zahl ist noch viel höher, so dass z. B. für Istanbul (Großraum) offiziell geschätzt wird, das dort etwa vier Millionen Kurden leben, die sich aus den beiden genannten Gruppen zusammensetzen, davon 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge.

Weil die Migration unfreiwillig war und in Gebieten, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden, erzwungenen Charakter hatte, standen viele Migranten vor einem Verlust von Grundrechten.

Nur sehr wenige haben versucht das Recht auf ihr Eigentum einzuklagen oder ihr Recht auf Unversehrtheit, was in den meisten Fällen auch erfolglos blieb.

Auch nach der Migration sind die Probleme der Menschen nicht kleiner geworden.

Sehr wenige finden reguläre Arbeit oder erhalten soziale Unterstützung. Die große Mehrheit lebt am Existenzminimum, in den sogenannten Gecekondus (Hüt-

ten, die über Nacht gebaut wurden) oder teilen sich mit anderen Familien eine Wohnung. Viele sprechen kein Türkisch.

*Die Probleme der Dorfzerstörung und der Flucht sind dem Staat ja bekannt. Was geschieht denn, um diesen Menschen zu helfen, entweder bei der Rückkehr in ihre Heimat oder beim Aufbau einer Existenz an den Orten, an die sie geflohen sind?*

Die meisten Flüchtlinge oder Vertriebenen wollen wieder zurückkehren und haben entsprechende Anträge bei staatlichen Stellen gestellt.

Für diese hat der Staat sogenannte Zentraldörfer eingerichtet, allerdings sind bisher dort nur ehemalige Dorfschützer untergekommen.

Außerdem wurden "Rehabilitationsdörfer" eingerichtet, die bisher aber nur für etwa 1900 Familien Platz bieten und auch noch nicht bezogen worden sind. Andere, die in ihre alten Dörfer zurückkehren möchten, müssen unterschreiben, dass die PKK ihre Dörfer zerstört hat und sie zur Flucht gezwungen hat. Die meisten wollen das nicht unterschreiben. Diejenigen, die das tun, erhalten etwas Unterstützung, etwas Kleinvieh, Lämmer oder ähnliches, Steine zum Hausbau, die aber meistens nicht einmal für eine Wand reichen.

Das ist alles aber viel zu wenig. Denn diese Menschen haben alles verloren und keinerlei Mittel, um aus eigener Kraft wieder etwas aufzubauen. Ihre Häuser sind zerstört. Sie haben nicht einmal einen Garten, um etwas Gemüse zu pflanzen.

Deshalb können viele auch mit dieser staatlichen Unterstützung nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Diejenigen, die in den Städten etwas Geld verdienen konnten, nehmen dies Geld und kehren zurück. Dabei handelt es sich aber um weniger als ein Prozent.

Den übrigen geht es in der Stadt so schlecht, dass es nicht einmal dafür reicht.

Der Staat sagt, wenn ihr unbedingt zurückgehen wollt, könnt ihr zurückkehren, aber dann müsst ihr selber bauen.

*Ein Teil der Flüchtlinge will demnach gar nicht zurückkehren?*

Zu Anfang haben einige die Anträge gestellt und die Bedingungen unterschrieben und sind zurückgegangen, haben aber bis heute noch keine Hilfe bekommen. Viele andere sind daraufhin geblieben, weil sie nicht das selbe erleben wollten. Nach unseren Schätzungen wollen aber bis zu 70% der Flüchtlinge zurückkehren. Der Staat kann aber aus eigener Kraft nur sehr wenig für diese Menschen tun.

*Die Türkei ist ja nun EU-Beitrittskandidat und diese Probleme sind ja nicht nur der türkischen Regierung sondern auch der EU-Kommission bekannt, die ja sicher nicht will, dass all diese Menschen als Flüchtlinge nach Europa kommen. Was tut denn die EU, bzw. haben Sie Möglichkeiten aus Brüssel Unterstützung und Geld zum Aufbau der zerstörten Dörfer zu bekommen?*

Wir haben zwar von solchen Dingen gehört, aber wissen nicht ob es da Möglichkeiten gibt oder wie man so etwas machen könnte. Vor einiger Zeit hat aber die Weltbank begonnen, die Bewohner einiger Dörfer, die niemals verlassen wurden, dabei handelt es sich meist um ehemalige Dorfschützer, zu unterstützen.

Und, um noch einmal auf die Zentraldörfer zurückzukommen, die vom Staat gebaut werden. In diesen Dörfern wird auch immer eine Polizeiwa- che und Gendarmeriekaserne gebaut

und hierfür werden teilweise auch die Gelder der Weltbank und Gelder der EU, die zugesagt sind, verwendet. Jedenfalls lassen die Behörden in diesen Dörfern Flugblätter verteilen, aus denen das hervorgeht. Uns ist allerdings nicht bekannt, inwieweit die EU Sorge trägt, dass diese Gelder zum Aufbau zerstörter Dörfer verwendet werden und nicht in den Aufbau militärischer Strukturen fließen.

*Haben Sie Kontakte nach Brüssel, so dass Sie direkt an Hilfe durch die EU kommen könnten?*

Wir haben als Organisation versucht in Kontakt mit den Zuständigen bei der Weltbank zu kommen, um die Probleme zu diskutieren.

Das kam aber nicht zustande, weil sie über diese Sachen mit uns nicht reden wollten.

Wir werden jetzt versuchen uns mit anderen Organisationen zusammen zu tun, um deutlich zu machen, dass die bisherige Vorgehensweise nicht richtig ist und dass damit den Leuten, deren Dörfer zerstört sind nicht geholfen werden kann.

Man hat uns aber bereits klar gemacht, dass mit diesen Projekten nicht den Flüchtlingen geholfen werden soll, sondern den Leuten, die da geblieben sind. Daher wird jetzt auch in Van ein solches Zentraldorf gebaut werden mit Polizeistation und Armeekaserne. Dorthin werden dann ehemalige Dorfschützer gehen, die anderen Menschen, die sich nicht auf der Seite der Armee am Krieg beteiligt haben, wollen in ihre eigenen Dörfer zurückkehren.

*Wenn wir vorhin die Zahl der Binnenflüchtlinge mit drei Millionen beziffert haben und nun hören, dass nur ein ganz geringer Teil in seine Dörfer zu der gewohnten und gelernten Arbeit zurück-*

*kehren kann, dann stellt sich doch die Frage, wie denn der Rest seinen Lebensunterhalt bestreiten soll, und ob den Behörden nicht klar ist, welcher soziale Sprengstoff sich da aufbaut?*

Wir hatten da ursprünglich hohe Erwartungen an die EU.

Hierbei handelt es sich ja nicht nur um ein inneres Problem der Türkei. Die Menschen drängen ja in großer Zahl nach Europa. Also sollte auch die EU ein Interesse haben, die Probleme zu lösen.

Es sind natürlich bereits zahlreiche europäische Delegationen hier im Land gewesen.

Die hatten aber nie ein besonderes Interesse mit NGO-Vertretern zu sprechen, sondern haben sich meist an die offiziellen Stellen gehalten. Von unserer Seite, also von Seiten der zivilen Organisationen in der Türkei, ist es allerdings aus Mangel an Kenntnissen auch noch nicht gelungen, die notwendigen Kontakte herzustellen.

Wir verfügen leider auch nur über sehr wenig professionelles Personal, auch das ist ein großes Manko in dieser Problematik. Die Leute sind auch nirgendwo zu bekommen, selbst wenn wir Geld hätten. Auch in dieser Richtung bräuchten wir Unterstützung.

*Was können Sie derzeit überhaupt tun?*

Bei der großen Zahl der Flüchtlinge ist alles, was wir tun können, ein Tropfen auf den heißen Stein. Am dringendsten außer Geld fehlt uns aber professionelles Personal.

Was wir derzeit tun ist, dass wir dokumentieren, wie die Lage ist, dass wir die Wünsche der Leute und ihre Probleme an staatliche Stellen weiterleiten und entsprechende Anträge stellen und auf diese Weise einen gewissen demokratischen Druck aufzubauen versuchen.

Der Staat antwortet auch auf unsere

Anträge, wir haben schon das Gefühl, dass unsere Arbeit dort positiv aufgenommen wird, aber es geschieht nichts, wegen des fehlenden Geldes, wie man uns sagt.

*Seit den kürzlich verabschiedeten Reformgesetzen, dürfen die zivilen Organisationen jetzt doch auch Geld aus dem Ausland annehmen?*

Das ist zwar jetzt gesetzlich erlaubt, aber noch nicht praktisch umgesetzt. D.h. wir wissen noch nicht, wie wir dabei vorgehen müssen und was wir zu beachten haben. Wir warten jetzt auf entsprechende Verordnungen. Was uns betrifft, so haben wir unsere Vorbereitungen schon getroffen, so dass wir dann auch im Ausland für unsere Projekte werben können.

*Wie wirken sich die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die anhaltende Wirtschaftskrise auf die Flüchtlingsproblematik aus?*

Es verstärkt natürlich noch die Tendenz, vom Land in die Städte zu ziehen, auch aus den kurdischen Gebieten. Dort wurde bisher zumeist Tabak und Baumwolle angebaut. Das Programm des IWF sieht jetzt vor, dass immer nur ein Teil der Felder bebaut werden darf, weil nur bestimmte Mengen produziert werden dürfen, so dass jetzt immer ein großer Teil brach liegt. Aus Batman ist uns beispielsweise bekannt, dass dort viele Arbeiter in die Städte gegangen sind, seit das Programm in Kraft ist.

*Erwarten Sie von den anstehenden Wahlen eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage?*

Zunächst mal muss man sagen, dass es da ja eine Zehnprozenthürde gibt, die ausgesprochen undemokratisch ist, weil

sie verhindert, dass ein großer Teil der Bevölkerung im Parlament repräsentiert wird. So wie es derzeit aussieht, werden nur zwei Parteien den Einzug ins Parlament schaffen, die AKP und die CHP, und dies wahrscheinlich nicht einmal mit großer Mehrheit. Das stimmt uns natürlich nicht optimistisch, zumal die AKP an den bisherigen Verhandlungen mit der EU, insbesondere was die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien angeht, nicht beteiligt gewesen ist. Ich fürchte, dass die Umsetzung der kürzlich beschlossenen Reformen dadurch ins Stocken gerät. Unsere Hoffnung ist natürlich, dass es der neu formierte Block, DEHAP, schaffen wird, und dass von dieser Seite ein entsprechender Druck auf die Regierung ausgeübt werden kann, damit endlich auch einmal die Problem der Binnenflüchtlinge und der zerstörten Dörfer angegangen werden können.

**Sefika Gürbiz** ist Vorsitzende der "Vereinigung der Migranten für soziale Kooperation und Kultur" (Göc-Der).

Im April diesen Jahres hat Göc-Der seinen Bericht über "Erzwungene Migration" vorgestellt, dem eine zweijährige Untersuchung in Istanbul, Izmir, Mersin, Diyarbakir, Van und Batman zugrunde liegt.

Der Bericht ist auf Türkisch erhältlich unter <http://www.gocder.com>

*Das Gespräch mit Sefika Gürbiz führte Stefan Leibold*

*Übersetzung: Erol Polat*



# Ludger Volmer: *Wir werden ein Verbot der HADEP nicht akzeptieren*

## Der gegenwärtige Stand der türkischen Bemühungen um einen EU-Beitritt

von Klaus Happel

Am 3. November sollen in der Türkei vorgezogene Neuwahlen zum Parlament stattfinden.

Die Regierung Ecevit, eine Koalitionsregierung aus der DSP, einer Art rechter Sozialdemokraten, der konservativen Mutterlandspartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz und der rechtsnationalen MHP war im Verlaufe mehrerer Monate allmählich über der Frage des EU-Beitritts und den damit zusammenhängenden notwendigen Reformen zerbrochen.

Zuletzt hatte auch der besonders bei der EU beliebte Außenminister Ismail Cem Partei und Regierung verlassen und selbst eine eigene Partei, die Partei Neue Türkei, gegründet. Die MHP mochte sich insbesondere nicht mit der Abschaffung der Todesstrafe abfinden, jedenfalls nicht, bevor sie nicht ein letztes Mal an ihrem Lieblingsfeind, Abdullah Öcalan, vollstreckt worden wäre.

Inzwischen sind die Aussichten sowohl für DSP wie auch für MHP schlecht, die Zehnprozenthürde zu überwinden und wieder ins Parlament einzuziehen. Nach heutigen Schätzungen wird dies wohl nur der Republikanischen Volkspartei CHP, gelingen sowie der AKP des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul, Tayyip Erdogan, einer Partei, die von vielen in der Nachfolge der vom Verfassungsgericht verbotenen Tugendpartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Erbakan

gesehen wird. Beide, Erdogan und Erbakan, wurden übrigens inzwischen von der obersten Wahlbehörde aufgrund ihrer Vergangenheit als Personen von den Wahlen ausgeschlossen.

Allerdings war es der Regierung Ecevit noch gelungen, eine Parlamentsmehrheit für ein Reformpaket zustande zu bringen, das der Erfüllung der "Kopenhagener Kriterien" dienen und der Türkei möglichst bald zum Beginn von Beitrittsverhandlungen verhelfen soll. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, einer Forderung nicht nur der EU sondern auch des Europarates.

Schon bald nach der Verabschiedung des Reformpaketes und inmitten der Wirren um seine sich auflösende Regierung verlangte Ecevit von der EU die Bekanntgabe eines Termins für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen: Man habe jetzt die Forderungen der EU erfüllt und jetzt müsse sich zeigen, ob die EU die Türkei wirklich wolle oder ob es sich bei den immer wieder neuen Forderungen nur um Verzögerungstaktik handele.

### Europäische Perspektive

Die Reaktion der EU in Gestalt ihres Erweiterungskommissars Verheugen war bisher bescheiden und wenig konkret.

In der Tat handelt es sich bei dem

Reformpaket um wichtige Maßnahmen wie die Erlaubnis in Privatschulen Kurdisch zu unterrichten, Verbesserungen im Bereich der Medienfreiheit und des Demonstrationsrechtes, Abschaffung der Todesstrafe u.a.

Was die EU allerdings erwartet - und dies gilt auch für die Bundesregierung, wie Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in einem Gespräch mit ASITİ bestätigte, ist die vollständige Erfüllung der Kriterien, wobei gerade auch zu beobachten bleibt, wie schnell und wie konsequent die Reformen in praxi umgesetzt werden.

Volmer bekräftigte noch einmal die europäische Perspektive der Türkei, die sich ihr seit dem Gipfel von Helsinki eröffnet habe und machte deutlich, dass er den Beitrittsprozess für den Weg halte, auf dem die Türkei zeigen könne, ob sie bereit sei, die europäischen Kriterien im Hinblick auf Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte zu erfüllen.

Damit könne die Türkei zeigen, dass sie ein europäischer Staat werden wolle.

Gerade die nur langsame und nur ansatzweise erkennbare Öffnung der türkischen Politik gegen über der kurdischen Minderheit im Land stößt auf Kritik von allen Seiten. Es gibt weiterhin kein verbrieftes Recht, Kurdisch als Unterrichtssprache verwenden zu können und auch die Umsetzung des

Rechts auf privaten Unterricht in der Muttersprache ist noch nicht erkennbar, zumal weiterhin Menschen deswegen vor Gericht stehen.

### **HADEP-Verbot nicht hinnehmbar**

Der kurdischen Partei HADEP, die an den türkischen Parlamentswahlen teilnehmen will, droht das Verbot, wie im übrigen allen anderen kurdischen Parteien vor ihr. Ein solches Verbot, so Volmer, werde man nicht hinnehmen. Inzwischen wurden bereits mehrere Politiker der HADEP von der Wahl ausgeschlossen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass im Südosten der Türkei mehrere bei den letzten Kommunalwahlen erfolgreiche HADEP-Bürgermeister aus Bundesmitteln gefördert werden.

### **Zypernkonflikt**

Die Liste der Probleme ist jedoch noch länger. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der europäische Gipfel im Dezember in Kopenhagen die Aufnahme von Zypern beschließen, eines europäischen Musterkandidaten, wenn da nicht der von der türkischen Armee seit dreißig Jahren besetzte Norden der Insel wäre, und die einseitig ausgerufene Republik Nordzypern, die völkerrechtlich von keinem Mitglied der Vereinten Nationen außer der Türkei anerkannt ist. Die Türkei hat bereits für den Fall der Aufnahme Zyperns in die EU ohne vorherige Lösung des Konfliktes mit der Annexion des Nordens gedroht und scheint auch trotz zahlloser Versuche von Sonderbotschaftern und Vermittlern der VN wenig flexibel in dieser Frage.

### **Irak und die Kurden**

Der Irak, derzeit allgegenwärtig, birgt für die Türkei ebenfalls reichlich Konfliktstoff. Im Norden dieses Landes hat sich

im Schutze der nach dem Golfkrieg 1991 von den VN eingerichteten Flugverbotszone eine quasi-autonome kurdische Region gebildet, die von den beiden Stammesführern Talabani und Barsani beherrscht wird. Hier droht aus Sicht der Türkei im Gefolge eines weiteren Irakkrieges das Entstehen eines kurdischen Staates, auf dessen Gebiet sich auch die großen Erdölvorkommen von Mossul und Kirkuk befinden, und auf das die Türkei ein begehliches Auge geworfen hat. Bis zur Niederlage der Türkei im Ersten Weltkrieg war dieses Gebiet nämlich Teil des Osmanischen Reiches.

Gerade in diesem Gebiet leben daher noch viele türkischstämmige Turkmenen, deren Schicksal Ankara neuerdings sehr am Herzen liegt. Die Türkei hat daher militärisches Eingreifen angedroht, einen kurdischen Staat werde man verhindern, wie man im übrigen auch gegen die Bildung eines föderativen Systems in einem möglichen Nachkriegsirak mit einem in der Verfassung verankerten kurdischen Teilstaate vorgehen werde.

"Wir werden die Gründung eines neuen Staates in Nordirak unter keinen Umständen hinnehmen", betonte auch der türkische Außenminister Sükrü Sina Gürel bei einem Besuch in London; das habe er auch der US-Regierung deutlich gemacht.

### **Europäische Verteidigung**

Zu allem Überfluss blockiert die Türkei in ihrer Eigenschaft als Mitglied der NATO den Aufbau der europäischen Verteidigung (ESDI), indem sie darauf besteht, ohne selbst Mitglied der EU zu sein, bei möglichen Einsätzen der EU-Truppe, die sich bereits bestehender NATO-Kommandostrukturen bedienen will, mitentscheiden zu dürfen. Hier läuft die Zeit für eine Einigung in den nächsten Monaten ab.

### **Probleme mit dem Europarat**

Zu den Problemen mit der EU kommen Probleme mit dem Europarat. Dieser sah sich Ende September gezwungen, die Türkei wegen ihres Verhaltens gegenüber dem Europäischen Gerichtshof zu rügen und für weiteres Fehlverhalten Sanktionen anzudrohen. Ankara solle endlich die Urteile des Gerichtshofes lückenlos umsetzen. Der niederländische Berichterstatter Erik Jurgens beklagte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der 306 Abgeordnete aus den 44 Mitgliedsstaaten angehören, Ankara unterminierte durch seine Missachtung auf fundamentale Weise die Glaubwürdigkeit und Autorität dieses Gerichtshofes. Insbesondere verlangt der Europarat auch eine neue Verhandlung für die in der Türkei wegen "Separatismus" verurteilte ehemalige kurdische Abgeordnete Leyla Zana. Ankara lehnt dies bisher kategorisch ab.

### **Zeichen guten Willens**

Wenn auch durch die jüngsten Reformen den Kurden im kulturellen Bereich mehr Rechte eingeräumt wurden, so ist die Türkei doch immer noch weit entfernt von Minderheitenrechten für die Kurden als ethnische Minderheit in der Türkei, wie sie europäischer Standard sind. Dazu kommen noch die Konfliktpotenziale Zypern und Nordirak, um nur die dringlichsten Probleme zu nennen. Ähnliches wird auch im jährlichen Bericht der EU über die Fortschritte der Beitrittskandidaten zu lesen sein, der am 9. Oktober ansteht. Mit der Nennung eines konkreten Termins für den Beginn von Beitrittsverhandlungen ist also auf dem Gipfel in Kopenhagen nicht zu rechnen, bestenfalls mit einer Geste des guten Willens, die den Reformprozess in Gang halten und stärken soll.

# DEMOKRATIE- UND EUROPAWAHL TÜRKEI

## Aufruf der HADEP zur Beobachtung der Wahlen am 3. November in der Türkei

Am 3. November 2002 finden in der Türkei vorgezogene Neuwahlen statt.

- In Erwartung der Demokratisierung des Landes
- Im Zeichen der Verbindung mit Europa
- In der Hoffnung auf die Erfüllung der "Kopenhagener Kriterien":
- der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der uneingeschränkten Anerkennung der Rechte der Minderheiten.
- In der Hoffnung auf dauernden Frieden und Gerechtigkeit für alle.

Wir haben unsere Kandidatur angemeldet. Für diese Ziele. Im ganzen Land.

Die "Demokratische Partei des Volkes" (HADEP) hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Für das neue Parlament der Türkei. Bereit zur aktiven Mitwirkung. Mit Perspektiven und Plänen für eine Türkische Republik des Dialogs. Im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Wirklichkeit, einer neuen türkischen Republik des gegenseitigen Respekts, der Anerkennung und Toleranz.

Diese entscheidenden Wahlen sind in sich selber ein entscheidender Test zur beweiskräftigen Fundierung demokratischer Intentionen auf einem besseren Weg in die Zukunft. Sie bedürfen in ihrer Durchführung der demokratischen Transparenz eines fairen und offenen

Wahlprozesses, damit das Verfahren, wie das Ergebnis, die Zustimmung aller Wählerinnen und Wähler und auch der europäischen Öffentlichkeit und ihrer Institutionen erfährt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1994 stand die HADEP für Parlaments- und Kommunalwahlen zur Verfügung. Ihre demoskopische Bedeutung ist belegt durch die Existenz von 37 gewählten Bürgermeistern und kommunalen Kräften, die dem erklärten Gesellschaftsprojekt der HADEP zur Verfügung stehen: Frieden, Demokratie, Menschenrechte und Freiheit.

Die letzten Parlamentsvoten in der Türkei ergaben für HADEP eine Quote von 1,5 Millionen Wählerstimmen oder 34 Abgeordneten für die Große Nationalversammlung - wenn dies die willkürlich eingeführte 10 % Hürde nicht verhindert hätte.

Jenseits der bei allen Wahlen erfahrenen massiven Repression, der systematischen Einschüchterung und Behinderungen bei allen Urnengängen der Vergangenheit, hätte die HADEP unzweifelhaft mit einem weit besseren Ergebnis rechnen können.

Heute ist die HADEP-Kandidatur erneut von einem Verbotverfahren bedroht. In einer Türkei, die nach Europa will. Statt anerkannt freie und unbehinderte demokratische Wahlen diesem Ziel zu widmen, droht das türkische Verfassungsgericht mit einem womöglich

negativen Urteil rasch noch vor den Abstimmungen. Schon diese virulente Drohung ist geeignet, andere prinzipiell bündnisbereite Parteien von der Kooperation mit uns abzuschrecken.

Um der staatlich geplanten Zwangsauflösung zu entgehen, die nach Bekanntgabe der Kandidaten bei der Hohen Wahlkommission ergehen möchte, hat unsere Partei sich entschlossen, mit den demokratischen Parteien Sozialistische Demokratische Partei (SDP, Akin Birdal, ehem. Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD als Vorsitzender), Partei der Arbeit (EMEP, Levent Tüzel als Vorsitzender) auf der Liste der Demokratische Volkspartei (DEHAP, Mehmet Abbasoglu als Vorsitzender) als Demokratie-, Freiheits- und Arbeitsplattform bei den November-Wahlen aufzutreten.

Es ist zwar ein Wahlbündnis, aber viel mehr ein Demokratiebündnis. Ein Bündnis mit dem Ziel alle Kräfte zu bündeln, um den notwendigen und zugleich schwierigen Weg der Demokratisierung, des Friedens und des Wohlstandes gemeinsam gestärkt gehen zu können.

Durch Einschränkung unserer demokratischen Rechte behindert und die faktischen Wahlbehinderungen der Vergangenheit vor Augen, stellen wir uns dennoch überzeugt unter schwierigen Bedingungen zur Wahl.

Im klaren Bewusstsein der Tatsache, dass ohne uns und unsere Wählerinnen und Wähler die Demokratie in der Türkei niemals vollendet werden kann.

Als unabdingbarer Bestandteil einer zivilen Gesellschaft verlangen wir eine freie und offene Wahl. Zu Gunsten der Türkei. Im Interesse Europas. Heute rufen wir die europäischen Institutionen dringend auf, Wahlbeobachter zu den Urnengängen in die Türkei zu entsenden.

Zuständig bei uns sind für die Wahlbeobachterdelegationen:

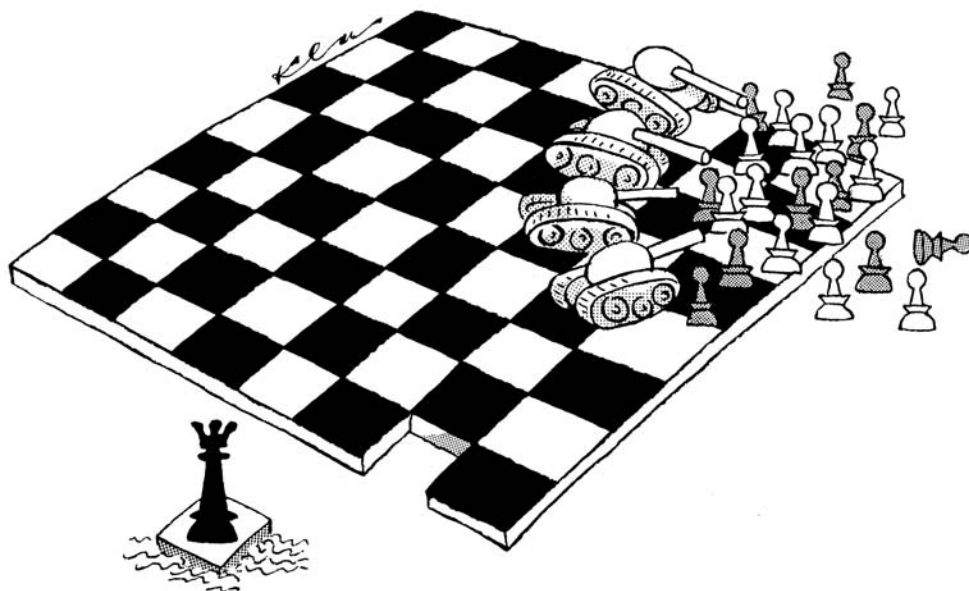
Faik Yagizay (spricht Kurdisch, Englisch und Türkisch): 0172 27 69 002

Güle Polat (spricht Deutsch und Türkisch): 0172 80 61 256

*Diese Wahlen soll allein die Demokratie gewinnen. Mit uns!*

*Helfen Sie uns und unterstützen Sie unsere Forderung!*

### HADEP PARTEI EUROPAVERTRETUNG



**Imrali: Türkische Partie**

Zeichnung: Klaus Becher

Fortsetzung von der ersten Seite

**Alain Calles** (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)